



Stuve

Studierendenvertretung der
Universität Erlangen-Nürnberg



FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität Erlangen-Nürnberg • Postfach 3520 • 91023 Erlangen

Positionspapier des Studentischen Konvents

26. Februar 2021

Studentischer Konvent
Turnstraße 7
91054 Erlangen

stuve.fau.de
stuve-konvent@fau.de

Antragsstellerin:
Lisa Heger

1 **Kostenlose Periodenprodukte an der FAU für alle**

2 **Position**

3 Die Studierendenvertretung der Friedrich-Alexander Universität Erlangen- Nürnberg verurteilt
4 weltweit Einschüchterungsversuche sowie verhältnislose und gewalttätige Maßnahmen gegen-
5 über protestierenden Studierenden und Angehörigen der Universtität, die ihre Grundrechte
6 wahrnehmen. Sie steht in Solidarität mit den betroffenen Studierenden und denen, die ihre
7 Kommiliton*innen durch gewalttätiges staatliches oder staatlich geduldetes Handeln verloren
8 haben.

9 Studierende haben das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und sind durch das Verbot
10 von Folter geschützt, welche nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (festgeschrieben
11 im Pakt für bürgerliche und politische Rechte Art. 19[3] , Art. 20[4] und in der Anti-Folter-
12 Konvention[5]) allen Menschen zustehen. Friedlicher und inklusiver studentischer Protest hat
13 die wichtige Aufgabe, momentane gesellschaftliche Probleme aufzugreifen, zu thematisieren und
14 in verschiedene Ebenen/ Altersgruppen/usw. der Gesellschaft zu tragen. Er ist außerdem der
15 Ort, an dem sich die politische und demokratische Bildung von Führungspersönlichkeiten von
16 morgen vollzieht.

17 Wir begrüßen daher die Entwicklung von friedlichen und inklusiven studentischen Protestbe-
18 wegungen und stehen in Solidarität mit denjenigen, die dadurch persönlichen/ universitären/
19 finanziellen Verlust erleiden. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich unsere Universität als
20 Mitglied im Bündnis „Scholars At Risk“ für gefährdete Wissenschaftler*innen und Studierende
21 einsetzt und diesen eine Perspektive an der FAU in Freiheit und Sicherheit bietet.

Begründung

Einführung

Die momentane Covid 19 Pandemie zeigt uns einmal mehr den Wert der Wissenschaft: durch Aufklärung und Forschung Problemen auf den Grund gehen und als internationale Gemeinschaft Fortschritte machen. Die momentanen raschen Entwicklungen der Impfstoffe wären ohne freie Wissenschaft und die Resilienz einer pluralistischen Bevölkerung, die sog. Corona-Maßnahmen- und/oder Impf-Gegner*innen die Stirn bietet, nicht möglich gewesen. Im Schatten dieser globalvernetzten Erfolge stehen jedoch die dutzenden inhaftierten oder zensurierten Wissenschaftler*innen. In vielen Ländern ist es nicht möglich, die eigene Meinung oder wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu präsentieren bzw. überhaupt frei Forschung zu betreiben, ohne mit staatlicher Repression rechnen zu müssen: gegenüber der eigenen Person, der Familie, Freund*innen und Kolleg*innen.

Das Freedom Monitor Projekt von Scholars at Risk zählt für den Zeitraum September 2019 bis August 2020: 342 Attacken in 58 Ländern auf Einrichtungen der Hochschulbildung, um Institutionen zu kontrollieren oder zum Schweigen zu bringen. In Bolivien, Brasilien, Burundi, Kolumbien, Haiti, Indien, Irak, Kenia, Somalia und in der Ukraine wurden einzelne Wissenschaftler*innen und Studierende gezielt angegriffen. In Nigeria und im Irak sind protestierende Studierende durch polizeiliche Gewalt zu Tode gekommen. [1 + 2] In dieser Zeitspanne geschahen mehr als 100 Angriffe auf Studierende, die ihr Recht auf Meinungsäußerung und Wissenschaftsfreiheit wahrnahmen. Dies beinhaltete Gewaltanwendung, Festnahmen, Verurteilungen und Disziplinarmaßnahmen, insbesondere in Kolumbien, im Iran, in den Palästinensischen Autonomiegebieten und in Südafrika.[1 + 2]

Doch nicht nur auf der exekutiven, sondern auch auf der legislativen Ebene wird Wissenschaftsfreiheit und unabhängige Universitätsverwaltung und -entwicklung immer weiter eingeschränkt. In Ghana und Brasilien wird universitäre Autonomie durch die Untergrabung akademischer Selbstverwaltung ausgehöhlt, indem politische*en Akteur*innen weitreichende Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung von universitärem Leben gegeben wurden. In der Türkei und in Ungarn fanden regelrechte „Machtübernahmen“ von kritischen Universitäten statt. In Rumänien wurden einzelne Studiengänge verboten und in Polen und Russland müssen sich kritische Wissenschaftler*innen staatlichen und inneruniversitären Disziplinarmaßnahmen stellen.

Auch legislative Änderungen, die die allgemeine Bevölkerung betreffen, verändern universitäres Leben und können zu Studierenden-Protesten führen. Studierende setzen sich somit nicht nur für ihre eigenen Belange der akademischen Freiheit und gute Studienbedingungen ein, sondern erheben auch die Stimme für Menschenrechte wie das Recht auf Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Gesundheit, Recht auf angemessene Lebensstandards etc. In Chile protestieren Schüler*innen und Studierende gegen die wachsende Ungleichheit im Land [6]. Schüler*innen aus Privatschulen haben dort eine höhere Chance, die Zulassung zur Hochschulbildung zu erlangen, als Schüler*innen die öffentliche Schulen besuchen [7]. Polens Studierende gehen gegen das Abtreibungsverbot auf die Straße [9]. Ein weiteres Beispiel sind die Proteste in Hong Kong: Dort kam es ab Mai 2019 zu großen öffentlichen, aber friedlichen Protesten. Sie galten zunächst einem Gesetzesentwurf, der von der Hongkonger Regierung zur Auslieferung von mutmaßlichen Straftäter*innen an Festlandchina vorgefasst worden war. Bei weiteren Demonstrationen, unter anderem am 1. Juni 2020, schoss die Polizei

auf Demonstrant*innen und wendete Tränengas an. Räume in Universitäten wurden gestürmt und die Menschen dort mit Tränengas verletzt. Einige dieser protestierenden Studierenden stehen nun in Hong Kong vor Gericht und sehen mehrjährigen Haftstrafen entgegen. [10 - 13] Diese Aufzählung von Ländern mit repressiven Maßnahmen gegenüber Wissenschaftler*innen und Studierenden stellt keine abschließende Aufzählung dar und entspricht dem Stand von November 2020.

Eine der Organisationen, die sich zur Unterstützung von Studierenden und anderen Angehörigen des Wissenschaftsbetriebs gegründet haben, ist Scholars At Risk (SAR). SAR schützt Wissenschaftler*innen und Studierende, deren Leben, Freiheit und Wohlergehen ernsthaft bedroht sind, durch die Vermittlung von befristeten Forschungs- und Lehraufträgen an Institutionen ihres Netzwerks sowie durch Beratungs- und Vermittlungsdienste. [8]

Konsequenzen dieser Position:

In erster Linie erfüllt diese Position die moralische Verpflichtung, neben und mit unseren Mit-Studierenden weltweit zu stehen, deren Rechte eingeschränkt werden und die sich dagegen wehren. Außerdem legitimiert diese Position die ausführenden Organe des studentischen Konvents (Sprecher*innenrat, Referat AntiDisRa, Ref PR u.a.), Informationen oder Veranstaltungshinweise die Proteste betreffend über geeignete Kanäle (Bsp. Mittwochs-Newsletter) zu teilen. Desweiteren werden die studentischen Senator*innen aufgefordert, über die Beschlussfassung dieser Position im Senat der FAU zu berichten und dort die Mitgliedschaft bei „Scholar at Risk“ zur Diskussion einzubringen. Wir nehmen Kontakt mit der ESU auf (bzw. begrüßen die Kontaktaufnahme durch eine Hochschulgruppe) und verfolgen deren Aufbauarbeiten des „Students at Risk“-Programm, um zu evaluieren, ob die Studierendenvertretung der FAU sich dabei einbringen kann.

Quellen und Informationen:

- [1] www.scholarsatrisk.org
- [2] www.scholarsatrisk.org - Free to Think 2020 [pdf]
- [3] www.menschenrechtserklaerung.de - Meinungsfreiheit
- [4] www.menschenrechtserklaerung.de - Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit
- [5] www.menschenrechtserklaerung.de - Folter
- [6] www.dw.com - Students protest as Chile marks 30 years of democracy
- [7] time.com - Why Chile's SATs Have Become the New Frontline of Inequality Protests
- [8] www.scholarsatrisk.org
- [9] www.news.com.au - Gdansk Students Join Nationwide Strike in Poland Following Abortion Ruling

[10] www.ibtimes.com - Hong Kong Activists Including Joshua Wong In Custody After Guilty Protest Plea

[11] www.zeit.de - Joshua Wong muss ins Gefängnis

[12] www.zeit.de - Behörden überarbeiten Verfassung und Justizsystem in Hongkong

[13] www.amnesty.de - Hongkongs Dilemma

Weitere Informationen:

www.scholarsatrisk.org - Free to Think 2020 [pdf]

www.scholarsatrisk.org - Free to Think 2020 [article]